

ENERGIEDEPESCHE

Informationen für Energieverbraucher

Nr. 1 · Oktober 1987

ENERGIE-MARKETING ODER VERBRAUCHERINFORMATION?

Viele unserer Mitglieder sind sehr verärgert darüber, daß sie mit ihren Strom- und Gasrechnungen auch millionenschwere Werbefeldzüge finanzieren, mit denen dem Vertrauensschwund der Branche in der Bevölkerung begegnet werden soll. Statt einer Beeinflussung der Öffentlichkeit erwarten sie von den Versorgungsunternehmen endlich eine Geschäftspolitik, die von der breiten Allgemeinheit akzeptiert wird.

Stellen Sie sich das einmal vor: Jeder bekommt sein Waschmittel von seiner Gemeinde vorgeschrieben. Die Gemeinde kassiert Prozente vom Waschmittelhersteller, dessen Waschmittel sie vorschreibt. Die "Belange der Waschmittelhersteller" werden in der Öffentlichkeit mit großzügigen Anzeigenserien dargestellt, in denen über die Vorteile dieser Waschmittelversorgung "informiert" wird. Einflußreiche Politiker werden gegen bestes Honorar um "Beratung" gebeten. Die Kosten dafür werden auf die Waschmittelpreise aufgeschlagen und von den Verbrauchern abkassiert.

Eine absurde Vorstellung. Und doch Wirklichkeit in der Energieversorgung. Schlagen Sie einmal Ihre Tageszeitung oder Ihre Programmzeitschrift auf:

- * Da informiert das RWE in zweiseitigen Anzeigen über seine Milliardeninvestitionen für Umweltschutz, Investitionen, die Sie als Kunde zu bezahlen haben.
- * Die IZE (Informationszentrale der Elektrizitätswirtschaft e.V.: ein Verein, in dem nur die 4 Dachverbände der Stromversorgungsunternehmen Mitglieder sind und dessen Aufgabe lt. Satzung die Vertretung der Belange seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit ist) informiert die Öffentlichkeit mit kostspielig aufgemachten Zeitungsanzeigen, Ausstellungen, Unterrichtsmaterialien, Fernsehspots, Videofilmen, sowie mit Broschüren, die kostenlos im Abonnement an jedermann versandt werden. IZE-Jahresetat lt. Geschäftsbericht: 10 Millionen DM!
- * Die Ruhrgas AG wirbt seit Jahren in ganzseitigen vierfarbigen Anzeigen für sauberes Erdgas. In einer neuen Marketing-Offensive der Gaswirtschaft soll jeder mehr als 14 Jahre alte Bundesbürger mindestens zwölfmal durch eine Anzeige angesprochen werden. Die geplanten 600 Millionen Kontakte dürften mindestens 30 Millionen DM kosten. Ruhrgas: "In Marketing zu investieren ist weit effektiver als über einen zu niedrigen Preis zu verkaufen."
- * Zeitschriftenbeilagen des RWE ("Strom") und anderer Versorgungsunternehmen informieren u.a. über die Bequemlichkeit der Elektro-speicherheizung, über die hohe Sicherheit deutscher Kernkraftwerke, den Vorteil elektrischer Wäschetrockner usw. Die Kunden des RWE haben dafür größenordnungsmäßig 10 Millionen DM extra zu berappen!
- * Die "Erbauer und Betreiber von Kernkraftwerken" bemühten sich nach Tschernobyl, durch großformatige Inserate kritische Stimmen zu beruhigen. Kostenpunkt: 20 Millionen DM; eine neue 30 Millionen-Aktion steht bevor, wie man hört.
- * Die Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung e.V. (HEA) informiert über spezielle Fragen der Stromanwendung, führt Informationsseminare für Kommunalpolitiker durch, bereitet aufwendiges Material für den Unterricht an Schulen auf usw. Der HEA-Jahresetat dürfte etwa in IZE-Größenordnung liegen.

DER SCHORNSTEIN IST WICHTIG!
Muß bei neuer Heizung auch der Schornstein erneuert werden? Wie kann man das Problem anders lösen? Wer haftet bei Fehlern? Lesen Sie auf Seite 3!

ENERGIESPAREN=STEUERSPAREN
Es gibt nur wenige staatliche Hilfen beim Energiesparen. Der § 82 a EStDV bietet mehr als Sie meinen. Er ist aber auch sehr kompliziert. Was genau, das lesen Sie auf Seite 5.

ENERGIESPARLAMPEN
Eine wirtschaftliche Art der Energieeinsparung? Was gibt es zu beachten, wo liegen die Einsatzbereiche, welche Typen sind empfehlenswert? Dies auf Seite 6.

IHR GUTES RECHT ALS MIETER
Wie warm muß die Wohnung mindestens sein? Zahlen bei ungenügender Wärmedämmung? Unsere Rechtsexpertin zitiert aus neuen Urteilen auf Seite 7.

ENERGIEPOLITIK DER GEMEINDE
Wer hat das Sagen bei der Energieversorgung in der Gemeinde? Das ist meist im Konzessionsvertrag festgelegt. Warum das ein sehr aktuelles Thema ist, das steht auf Seite 8.

BUNDESDEPESCHE Neues vom BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER, dem ersten bundesweiten Zusammenschluß von Energieverbrauchern zu einer Interessenvertretung, lesen Sie auf Seite 10.

DAS IST DOCH NICHT MÖGLICH!
Das Stromversorgungsunternehmen sitzt stets am längeren Hebel. Was das bedeuten kann, können Sie auf Seite 12 lernen. Vor einer Nachahmung wird gewarnt.

STROMTARIFE FÜR GEWERBE
Wo liegt der Unterschied zum Haushaltstarif? Wie kann man zu einem geringeren Grundpreis kommen? Wenn Sie den Tarifschunzel durchschauen wollen, lesen Sie auf Seite 4.

ENERGIENACHRICHTEN AKTUELL
Sahne für Aktionäre- Durchschnittlicher Stromverbrauch- Kohlepfennig erhöht- Test von Solarkollektoren- Risiken der Energiepreise- Alles das auf Seite 12

Werbung belebt normalerweise den Wettbewerb. Und jeder umworbenene Waschmittelkäufer weiß und akzeptiert, daß der Kaufpreis die Kosten für die Werbung enthält.

Nicht so bei der Energieversorgung. Hier kann der Kunde sich seinen Strom- oder Gaslieferanten nicht aussuchen. Und wenn er sich auch über die ungewollte "Informationsflut" ärgert, er hat keine Alternative und muß dieses Marketing über den Energiepreis mitbezahlen. Verweigert er die Zahlung von Teilen seiner Rechnung, bekommt er u.U. innerhalb von 14 Tagen den Strom abgestellt.

Verständlich, daß auch die Energieversorgungsunternehmen ihren Umsatz steigern wollen. Verständlich, daß die Stromwirtschaft ihre enormen Überkapazitäten an den Mann bringen und beinahe um jeden Preis Strom verkaufen bringen will. Nur macht wachsender Stromverbrauch in einigen Jahren über den Ersatz veralteter Kraftwerke hinaus wieder neue und wesentlich teurere Kraftwerkszubauten erforderlich. Damit vergrößern sich dann auch die Umweltrisiken durch Kernkraftwerke und die Umweltbeeinträchtigungen durch Freileitungen, Kraftwerksemissionen, den Wasserverbrauch der Kraftwerke usw. Und hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen Waschmitteln und Energieversorgung: Schon heute verursacht die Stromerzeugung von allen Industriezweigen die weitaus höchsten Umweltbelastungen!

Auch bei Gas ist zu fragen, warum die schon gasversorgten Haushalte den Kampf um neue Kunden finanzieren müssen. Wer einmal am Gasrohr hängt, der hat keine Alternative mehr: Weder zwischen Versorgungsunternehmen, noch zwischen verschiedenen Energieträgern. Deshalb ist auch der vielbeschworene Wettbewerb auf dem Wärmemarkt für die meisten Kunden eine Fiktion.

Die IZE hat uns geschrieben, daß sie sich auch dem Ziel des BUNDES DER ENERGIEVERBRAUCHER einer langfristig kostengünstigen und sicheren Energieversorgung unter Berücksichtigung von Umwelt und Ressourcenschonung verpflichtet fühlt. "Werbung für Strom und spezielle Fragen der Stromanwendung gehören nicht zu unserem Tätigkeitsbereich", so das IZE-Schreiben weiter. Unser Eindruck von den IZE-Broschüren widerspricht diesem Selbstbild der IZE:

- Die IZE macht nahezu keinen Unterschied zwischen Strom und Energie. Informationen über Energie sind dann nur Informationen über Strom. Dabei deckt Strom nur 17% des Endenergiebedarfs der Bundesrepublik. Dem Leser wird suggeriert, die Stromwirtschaft könne allein die Energieversorgung sichern. Gerade das kann sie aber nicht! Wir halten dies für eine gravierende Fehlinformation.
- Bei erneuerbaren Energien liegt der Schwerpunkt der IZE-Berichterstattung auf deren begrenztem Potential.
- Energiesparung wird als Erfolg der vergangenen Jahre gefeiert und nicht als eine der wichtigsten energiepolitischen Herausforderungen der Zukunft dargestellt.

Die Informationspolitik eines gewichtigen Wirtschaftszweiges wie z.B. der Elektrizitätswirtschaft ist, wie die Beispiele zeigen, von den Geschäftsinteressen dieser Branche nicht zu trennen. Eine neutrale, den umwelt- und energiepolitischen Erfordernissen gerecht werdende Verbraucherinformation fehlt im Gegensatz dazu.

Der BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER ist der Meinung, daß bei leistungsgebundenen Energieträgern (Strom, Gas, Fernwärme) mit dem Geld der Tarifkunden keinerlei Marketing oder allgemeine energiepolitische Information bezahlt werden darf. Denn es besteht die Gefahr verdeckter Absatzwerbung, einseitiger Branchenselbstdarstellung und illegitimer politischer Beeinflussung der Öffentlichkeit.

Der BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER fordert im Interesse einer langfristig sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung die einseitige Öffentlichkeitsarbeit einzelner Energiesparten durch eine mit gleichem Aufwand betriebene energieträgerunabhängige und neutrale Information der Energieverbraucher zu ersetzen.

Editorial

Liebe Leser,

die erste Ausgabe unserer Energiedepesche liegt nun vor Ihnen: Wir stellen uns Ihrem Urteil. Die Zeitschrift soll Ihnen bei der Lösung Ihrer Energieprobleme helfen. Sie sollen neutral und umfassend informiert werden. Dadurch soll ein Gegengewicht gegen die oft einseitigen Darstellungen der Energiewirtschaft entstehen.

Nicht alle wichtigen Themen können wir in der ersten Ausgabe aufgreifen. Und im Interesse der Lesbarkeit kann auch nur ein ganz kleiner Teil der Informationen zu einem Thema gebracht werden: Nicht mehr nämlich als das allerwichtigste. Wir haben dabei kein schlechtes Gewissen: Denn wenn Sie zu einem Thema Näheres wissen wollen, dann fragen Sie uns doch einfach.

Leserbriefe finden wir sehr wichtig: Als Forum für einen Erfahrungsaustausch zwischen Lesern und Mitgliedern des BUNDES DER ENERGIEVERBRAUCHER. Schreiben Sie uns, damit wir in der nächsten Ausgabe Ihren Leserbrief veröffentlichen können.

Ihr

Aribert Peters

 **BUND DER
ENERGIE
VERBRAUCHER**
Gemeinnütziger e.V. Bonn

Impressum

Herausgeber: BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER e.V., Bonn.

Die **Energiedepesche** erscheint voraussichtlich viermal jährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktion und verantwortlich iSdP:
Dr. Gerhard Wagner,
Dr. Aribert Peters
Erwin Bidder.

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Erwin Bidder
Johanna Bierhold
Rosa Hemmers
Dietlind Preis
Dr. Aribert Peters
Dr. Gerhard Wagner.

Anschrift der Redaktion:
Energiedepesche,
Josefstr. 24, 5342 Rheinbreitbach,
Tel.: 02224/78475 + 71872

DEN SCHORNSTEIN NICHT VERGESSEN

Viele Energieverbraucher haben in den vergangenen Jahren den überwiegend viel zu groß ausgelegten, alten "Energieverschwender" durch einen neuen Heizkessel ersetzt oder zunächst einmal einen modernen Brenner eingebaut.

Oft zwei oder drei Jahre später stellen die Investoren aber überrascht fest,

- am oberen Ende des Kamins beginnt eine sich nach unten fortsetzende **Durchfeuchtung**, die ein Abbröckeln des Putzes befürchten läßt, oder
- es treten neben Feuchtstellen auch Geruchbelästigungen auf (**Versottung**).

Was ist geschehen? Heizkessel und Schornstein arbeiten eng zusammen. Der Schornstein leitet die Heizgase durch den Heizkessel und führt sie anschließend als Abgase ab. Damit im Kamin ein thermischer Auftrieb erfolgen kann, ist eine Mindestabgastemperatur erforderlich. Früher sorgten sehr hohe Abgastemperaturen (260 Grad Celsius und mehr!) selbst bei großen Schornsteinquerschnitten für einen problemlosen Abzug. Hohe Abgastemperaturen führten aber zwangsläufig dazu, daß große Energiemengen im Schornstein verschwanden. Durch niedrigere Abgastemperaturen haben sich zwar die Wirkungsgrade von Heizkesseln erhöhen lassen. Aber wird der Schornstein mit dem geringeren Auftrieb der kälteren Abgase fertig?

Zusätzlich werden die Leistungen der Wärmeerzeuger wegen des besseren Wärmeschutzes vieler Gebäude weiter reduziert. Damit verringern sich die Abgasmengen, die durch den Schornstein abzuführen sind.

Kommt es deshalb also zu Schäden am Schornstein? Das hängt von der Abgastemperatur und der Beschaffenheit des Schornsteins ab. Die Abgastemperatur muß so hoch sein, daß die Abgase im Schornstein nicht durch Abkühlung auf dem Weg nach oben zu kleinen Tröpfchen werden, die sich an den Innenwänden des Schornsteins niederschlagen, d.h. **kondensieren**.

Folgende Schäden kann es geben:

- **Versottung:** Bei Ölheizungen kondensiert unter 120 Grad Celsius der im Heizöl enthaltene Schwefel im Schornstein. Er vermischt sich mit Wasser zu schwefliger

Säure und zersetzt die Schornsteinwandung. Bei älteren schlecht gedämmten Schornsteinen mit zu großem Querschnitt kühlen die Abgase besonders schnell aus. Zur Sicherheit sollten die Abgastemperaturen solcher Heizungen nicht unter 200 Grad Celsius liegen.

- **Durchfeuchtung:** Bei Öl- und Gasheizungen kondensiert das in den Verbrennungsabgasen enthaltene Wasser und schlägt sich an den Schornsteininnenwänden nieder. Das passiert in Abhängigkeit vom CO₂-Gehalt und Energieträger, wenn die Abgase unter etwa 45 bis 50 Grad Celsius abkühlen.

Wenn nun der Schornstein

- einen zu großen Querschnitt hat (längere Verweildauer der Abgase und damit stärkere Abkühlung) oder

Kessel weniger stark auskühlt.

- Verkleinerung des Schornsteinquerschnittes bei gleichzeitiger innerer Wärmedämmung z.B. durch einzuziehende wärmedämmte Schamotterrohre oder Edelstahlrohre. Kosten: pro Meter Schornsteinlänge etwa 150 bis 250 DM (mehr darüber in der Zeitschrift test 11/86, Seite 1075).
- Verwendung des Abluftschachtes als Schornstein; die neueren Schornsteinanlagen bestehen nämlich meistens aus einem größeren Schacht für die Abgase und einem kleineren Schacht für Abluft.
- Außenwärmedämmung des Schornsteins mit mineralischen, nicht brennbaren Baustoffen, z. B. im nicht ausgebauten Dachgeschoß. Kosten für das Material: etwa 10 DM pro Quadratmeter.

Wer ist wofür zuständig? Für



- nicht wärmedämmend ist oder
 - an der Außenwand liegt oder
 - gemauert und feuchtigkeitsempfindlich ist,
- dann ist nach einem Kessel- oder Brenneraustausch der Schornstein stark gefährdet.

Was ist in diesen Fällen zu tun?

- Vor einer kostspieligen Kaminsanierung muß geprüft werden, ob nicht durch den einfachen und kostengünstigen Einbau einer Nebenlufteinrichtung für ca. 150 bis 250 DM das Problem behoben werden kann. Der Schornstein wird dabei durch ständige Luftdurchströmung trocken gehalten. Eine dicht schließende Abgasklappe ist hierfür nicht geeignet. In ca. 80% der Fälle hilft eine Nebenlufteinrichtung. Sie spart zusätzlich Energie, weil sie bei Brennerstillstand schließt und der

die richtige Abstimmung von Wärmeerzeugern und Schornstein ist der Heizungsbauer verantwortlich, der den Austausch vornimmt. Nach der Verdingungsverordnung für Bauleistungen (VOB) hat der Auftragnehmer vor Beginn seiner Arbeiten die baulichen Verhältnisse auf Eignung für die Durchführung seiner Leistung zu prüfen und dem Auftraggeber Bedenken unverzüglich schriftlich mitzuteilen, insbesondere bei unzureichendem Schornsteinquerschnitt, bei unzureichender Wärmedämmung (VOB Teil C, 3.1.6). Der Heizungsbauer bzw. Planer kann nach diesem Passus bei späteren Schäden vom Anlagenbesitzer haftbar gemacht werden.

Vor allem bei der Modernisierung von Altanlagen sollte vor Beginn der Maßnahme der zuständige **Bezirksschornsteinfegermeister** eingeschaltet werden.

Stromtarife für Gewerbetreibende

Viele Gewerbetreibende und Freiberufler wissen nicht, wie ihre Stromrechnung zustande kommt. Sie vermuten ein ähnliches Abrechnungssystem, wie beim privaten Verbrauch im Haushalt. Stromverbrauch für "gewerblichen, beruflichen und sonstigen sowie landwirtschaftlichen Bedarf" darunter fällt auch schon eine kleines Büro, eine Näherei, eine Massagepraxis, eine Imbissstube, kurz alles, was nicht ganz klar Haushaltsverbrauch ist.

Tip: Kümmern Sie sich darum, wie Ihre Stromrechnung zustande kommt. Gewerblicher Stromverbrauch wird anders verrechnet als privater Haushaltsstrom. Wer die Unterschiede nicht kennt, zahlt möglicherweise unnötig viel Geld für seinen gewerblichen Strom!

Der Stromverbrauch im Gewerbe unterteilt sich in zwei große Gruppen: Den Strombezug nach allgemeinen Tarifen und den Strombezug nach Sonderverträgen. In jeder der beiden Gruppen gibt es wiederum verschiedene Abrechnungsmöglichkeiten.

Zunächst zu den allgemeinen Tarifen: Der Kleinverbrauchertarif mit ca. 55 Pf/kWh ohne die Berechnung eines Bereitstellungspreises gilt für Haushalte wie für Gewerbetreibende. Ebenso wie für Haushalte gibt es für gewerblichen Stromverbrauch die Tarife I, II und die lineare Komponente. Die Arbeitspreise sind für Haushalte und Gewerbe gleich, nur die Bereitstellungspreise werden unterschiedlich berechnet.

Beim Haushaltsstrom wird eine Bereitstellungsgebühr für jeden Raum im Haushalt berechnet. Beim gewerblichen Strombedarf richtet sich der Bereitstellungspreis nach der Anschlußleistung der insgesamt vorhandenen Geräte. Für jedes Gerät berechnet das Stromversorgungsunternehmen eine Gebühr selbst dann, wenn es tatsächlich nicht oder nur ganz selten gebraucht wird. Dieser Leistungspreis hängt von der Anschlußleistung des Geräts ab, die auf dem Typenschild an der Unterseite des Geräts abzulesen ist. Je Kilowattstunde

Anschlußleistung müssen monatlich zwischen ca. 17 und 30 DM bezahlt werden.

Tip: Vorsicht bei Kauf und Aufstellung von neuen Elektrogeräten in Geschäftsräumen: Auch die Anschlußleistung muß bezahlt werden, unabhängig vom Gebrauch des Geräts.

Ein Elektroherd mit 6 kW Anschlußleistung könnte z.B. einen Leistungspreis von monatlich 180 DM kosten. Bei den unangekündigten Tarifkontrollen nimmt das Versorgungsunternehmen in den Betriebsräumen alle Lichtanlagen und Elektrogeräte auf. Deren Leistung ist dann die Basis für den künftigen Bereitstellungspreis.

Bei der Berechnung der Anschlußleistung wird zwischen Beleuchtungsanlagen und "anderen Anlagen" unterschieden. Bei "anderen Anlagen" werden nicht die auf dem Typenschild stehende Nennleistungen zur gesamten Anschlußleistung addiert. Vielmehr wird nur das Gerät mit der höchsten Nennleistung voll gezählt, das Gerät mit der zweithöchsten Anschlußleistung mit zwei Drittel der Anschlußleistung und alle weiteren Geräte mit einem Drittel. Diese Abstufung sollte man geschickt zu seinen Gunsten nutzen:

Tip: Sehr unterschiedliche Nennleistungen sind teuer. Bei gleicher Gesamtnennleistung ist es günstiger, wenn nicht ein Gerät eine viel höhere Leistung, als alle anderen Geräte hat. Am günstigsten ist es, wenn die drei leistungsstärksten Geräte etwa gleiche Leistung haben.

Also statt 3 Geräten mit 21, 3 und 3 kW = 27 kW Gesamtleistung besser 3 Geräte mit 9, 9 und 9 kW Leistung. Im ersten Fall werden 24 kW berechnet, im zweiten Fall nur 18 kW.

Tip: Durch mechanische Verriegelung der Gerätestecker kann man erreichen, daß zwei Geräte nie gleichzeitig sondern nur nacheinander betrieben werden können. Dadurch kann die teuer zu bezahlende Anschlußleistung wesentlich verringert werden.

Etwa ab einer Anschlußleistung von 25 kW und einem Jahresverbrauch von 25000 kWh kann es sich lohnen, einen Sondervertrag abzuschließen. Es gibt zwei Arten von Sonderverträgen, die Zonenverträge (Z-Vertrag) und Leistungsverträge (z.B. "L55" und "L120"). Für kleinere Verbräuche eignet sich der Zonenvertrag, für größere Verbräuche ein Leistungsvertrag.

Beim Zonenvertrag wird kein direkter Leistungspreis berechnet. Dabei müssen mindestens 80% des gesamten Stromverbrauchs für Kraftzwecke genutzt werden. Die Arbeitspreise sind gestaffelt:

- Die ersten 2400 kWh kosten z.B. 33 Pf/kWh brutto (ohne Rabatt),
- die nächsten 180 000 kWh kosten z.B. 30 Pf/kWh usw.

Die höchste Leistung, die in einem Monat (bei viertelstündlicher Messung) in Anspruch genommen wurde, wird durch einen Zähler registriert. Das Verhältnis zwischen der bezogenen Arbeit und dem Mittel zwischen den beiden höchsten in Anspruch genommenen Leistungen nennt man die jährliche Benutzungsstundenzahl. Mit zunehmender Benutzungsstundenzahl wird ein Rabatt bis maximal 14% bei 3000 Benutzungsstunden eingeräumt, bei einer Benutzungsstundenzahl unter 1000 Stunden wird ein Malus aufgeschlagen. Bei Nachtstrombezug (im Winter zwischen 21 Uhr und 6 Uhr, im Sommer zwischen 18 Uhr und 7 Uhr) wird ein Rabatt von ca. 30% gewährt. Wird mehr als 60% des Stroms im Winter verbraucht, so gibt es einen Zuschlag, sonst einen Abschlag (Jahreszeitenausgleich).

Beim Leistungsvertrag (z.B. L55, L120) wird ein Leistungspreis und ein gestaffelter Arbeitspreis berechnet. Schon beim Leistungspreis gibt es einen Mengenrabatt. Die Arbeitspreise sind wie beim Z-Tarif gestaffelt und Tag- und Nachtstrombezug differenziert. Ähnlich wie beim Z-Tarif wird ein Benutzungsdauerrabatt eingeräumt, der hier allerdings erst bei über 3000 bzw. 4000 Benutzungsstunden im Jahr gewährt wird.

Tip: Strom ist ein Mehrfaches teurer als Gas oder Öl. Prüfen Sie deshalb sorgfältig, ob Sie nicht durch den Verzicht oder Ersatz von Strom viel Geld sparen können.

Wie hilft der Staat beim Energiesparen?

Der Bund hilft bei privaten Energieeinsparungen

- durch den § 82a der Einkommenssteuereinführungsvorordnung (EStDV) (s.u.)
- durch teilweise Finanzierung der Beratung in den Verbraucherzentralen, sowie
- durch die Bausparförderung, weil mit Bausparmitteln z.B. auch Mieter Investitionen in Energieeinsparungen finanzieren können.

In den vergangenen Jahren wurden neue Fenster und Wärmedämmung durch einen Zuschuß gefördert. Diese Möglichkeit gibt es heute nicht mehr.

Daneben gibt es in einigen Bundesländern Ländermodernisierungsprogramme, nach denen Energieeinsparmaßnahmen im Gebäudebereich gefördert werden. Näheres teilt Ihnen das jeweils zuständige Landesministerium mit, in der Regel das Wirtschaftsministerium.

Für Gewerbetreibende gibt es weitere Förderungsmöglichkeiten, auf die aus Platzgründen in einem späteren Heft eingegangen wird.

Der § 82a EStDV ist nur für Besitzer von selbstgenutztem Wohneigentum (Häuser, Eigentumswohnungen) interessant. Für Mieter gibt es über die oben erwähnten Möglichkeiten hinaus weder auf Bundes- noch auf Landesebene irgendwelche Hilfe beim Energiesparen. Das widerspricht nicht nur der sozialen Symmetrie sondern auch dem Ziel der Energieeinsparung. Denn im Mietwohnungsbereich gibt es das größte Einsparpotential. Zudem werden die wirtschaftlich rentablen Einsparungen dort auch viel eher verwirklicht.

Beispiel: Herr X besitzt und bewohnt ein 15 Jahre altes Einfamilienhaus. Er baut einen neuen Heizkessel und neue Heizkörper für 15 000 DM ein. Herr X kann nach dem § 82a diese Kosten auf 10 Jahre verteilt als Sonderausgaben geltend machen. D.h. jedes Jahr kann er ein Zehntel der Investitionssumme (=1 500 DM) als Sonderausgabe in seine Steuererklärung einsetzen und damit sein zu versteuerndes Einkommen um 1 500 DM verringern. Bei einem Spitzensteuersatz von 50% spart er dadurch jährlich 750 DM an Steuern.

Hätte Herr X sein Haus vermietet, so könnte er die neue Hei-

zungsanlage (nach Nr. 157 der Einkommenssteuerrichtlinien von 1985, Abs.1, Satz 4) entweder sofort in einem Jahr oder nach Wunsch auf 2 bis 5 Jahre verteilt abschreiben. Denn die Erneuerung von Heizungsanlagen zählt ebenso, wie der Ersatz von Einfach- durch Doppelverglasung usw. zum sofort absetzbaren Erhaltungsaufwand. Auch Festbrennstofföfen (Kamine, Kachelöfen) lassen sich dabei als zur Heizungsanlage gehörig betrachten. Der § 82a kann auch hier vorteilhaft sein, weil er es ermöglicht, die Abschreibung von 5 auf 10 Jahre zu verlängern. Denn wegen der Steuerprogression bringt die Kapung der Einkommensspitzen besonders große Steuerersparnisse.

Doch zurück zum § 82a. Das Gesetz wurde 1986 geändert und fördert folgende Maßnahmen:

- Anschluß an Fernwärmeversorgung, wenn die Fernwärme überwiegend aus Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, der Abwärmeverwertung oder der Müllverwertung kommt, einschließlich Hausanschlußkosten und Wärmetauscher, nicht jedoch den Netzkostenbeitrag,
- Einbau von Wärmepumpen, aktiven Solaranlagen und Anlagen zur Wärmerückgewinnung (z.B. Abgaswärmetauscher im Heizkessel) einschließlich der Anbindung an das Heizsystem, nicht jedoch ausschließlich passive Sonnenenergienutzung,
- Errichtung von Windkraftanlagen einschließlich der Anbindung an das Versorgungssystem,
- Biogasanlagen zur Beheizung oder zur Warmwasserbereitung im Gebäude des Antragstellers,

- Auch entsprechende Gemeinschaftsanlagen, durch eine BGB-Gesellschaft errichtet, fallen anteilig unter den § 82a,

- bei Gebäuden, die vor mehr als 10 Jahren fertiggestellt wurden:

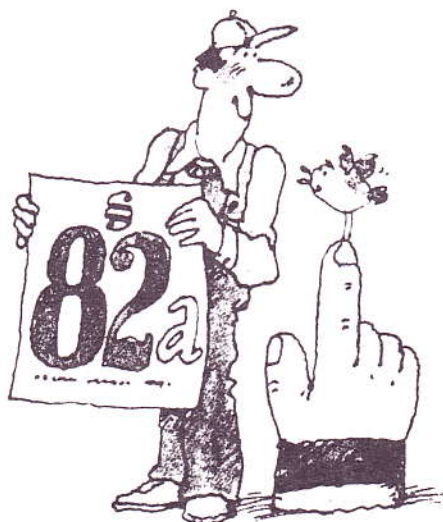
- *der erstmalige Einbau einer Zentralheizung
- *der Ersatz von Kessel, Brenner oder Steuereinrichtung
- *Anschaffung und Ersatz von Einzelöfen (z.B. Elektrospeicherheizung)
- *Ersatz oder Erweiterung von Heizkörpern, Fußbodenheizung usw.
- *Einbau einer Warmwasseranlage mit mehr als 2 Zapfstellen
- *Änderung der Abgasanlage (Schornstein) einer Zentralheizung.

Zu diesen Maßnahmen zählen jeweils alle erforderlichen Nebenkosten (z.B. Gutachten zur Wärmebedarfsberechnung, Aufwendungen zur Beseitigung von Schäden, Kosten der Demontage der alten Heizung).

Die Kosten aller genannten Maßnahmen können nach § 82a und § 52 Abs. 21 über 10 Jahre verteilt als Sonderausgaben geltend gemacht werden, sofern die Maßnahme zwischen den 30.6.1985 und dem 1.1.1992 fertiggestellt worden ist. Dabei ist die § 82a-Vergünstigung vorteilhafter, als die Abschreibung nach § 10 e EStG (früher § 7 b): Nach § 82a können 10 Jahre x 10% = 100%, nach § 10 e nur 8 Jahre x 5% = 40% abgesetzt werden.

TIP: Wenn Sie Wohneigentum besitzen, dann können Sie Ihre Beteiligung an einer Windkraftanlage über den § 82a steuerlich geltend machen und damit die Finanzierung abstützen (Beispiel: e.V. der Selbsterzeuger von umweltfreundlichem Strom, Esmarchstr. 87a, Hamburg 50)

TIP: Auch viele Beamte in den Finanzämtern haben den Überblick verloren und wissen nicht genau Bescheid: So bekamen wir auf eine mündliche Anfrage prompt eine falsche Auskunft. Bestehen Sie auf Ihrem Recht: Maßnahmen nach § 82a und § 52, Abs.21 sind als Sonderausgabe absetzbar, selbst wenn die Maßnahme nach dem 1.1.1987 fertiggestellt wird. Voraussetzung: Man nutzt das eigene Haus/die Eigentumswohnung selbst.



Stromsparen mit den neuen Leuchtstoff und Halogenlampen

Für den energiebewußten Verbraucher bilden energiesparende Leuchtstofflampen inzwischen eine interessante Alternative zu den herkömmlichen Glühlampen bzw. Leuchtstoffröhren. Erinnern wir uns: vom Kienspan über Öl-, Wachs-, Petroleum- und Gaslampen ging die rasante Entwicklung. Aber erst mit der Erfindung einer marktfähigen Glühlampe durch Thomas Alva Edison vor 100 Jahren fand die Beleuchtung allgemeine Verbreitung. Mit Wolfram als geeignetem Werkstoff blieb diese Technologie dann auch unverändert ab Mitte der 20er bis in die 60er Jahre. Durch Stromzufuhr glüht bekanntlich der Wolframfaden und erhält dadurch seine Leuchtkraft. Jedoch: Nur 5 % vom aufgenommenen Strom wird in sichtbares Licht umgewandelt! Der Rest wird als Wärme abgestrahlt und geht dem eigentlichen Verwendungszweck verloren. Im Grunde also eine Verschwendung der Energie.

Mit der Leuchtstofflampe fand man eine neue Technologie. In der Glasröhre befindliche Gase werden durch Entladung zum Leuchten gebracht. Moderne Leuchtstofflampen arbeiten mit einem Lichtwirkungsgrad von über 20 %. Dadurch hat eine 20 W Leuchtstofflampe eine Lichtleistung, die einer 75 - 100 W- Glühlampe entspricht. Anders als Glühlampen werden Leuchtstofflampen nicht eingeschraubt, sondern eingesteckt. Die entsprechende Steckfassung in der Leuchte oder ein separates Vorschaltgerät

enthalten den für die Zündung der Gasentladung notwendigen Starter und eine Vorrichtung zur Begrenzung des aufgenommenen Stromes (Drossel).

Als Dauerbeleuchtung in Verwaltungs- und Industriegebäuden hat die Leuchtstofflampe seit langem die Glühlampe abgelöst. Die Gründe hierfür liegen einmal in der Reduzierung der Stromkosten, aber auch in der Vermeidung einer ungewollten Aufwärmung der Räume mit anschließenden höheren Stromkosten für die Klimatisierung. Ca. 80 % der künstlichen Lichtmenge wird heute schon mit Leuchtstofflampen produziert.

Im privaten Bereich dagegen finden sie erst allmählich Eingang. Die Zeit, in der es diese energetisch sinnvollen Lampen nur in der für die Wohnungsgestaltung nicht günstigen Röhrenform (mit flackernder Anlaufphase und in "kaltem" Licht) gab, geht zu Ende. Inzwischen ist ein breites Spektrum gut gebrauchsfähiger Leuchten auf dem Markt erhältlich.

Bei den Energiesparlampen lassen sich folgende Typen unterscheiden:

- Leuchtstofflampen mit Stecksockel (diese passen nur in spezielle Leuchten mit Steckfassung oder sie benötigen einen Adapter)
- Leuchtstofflampen mit integriertem Vorschaltgerät und Schraubsockel (E 27) passen in jede herkömmliche Leuchte

Um Leuchtstofflampen mit Stecksockel auch in herkömmlichen Leuchten einsetzen zu können, gibt es sogenannte Adapter, die das zum Betrieb notwendige Vorschaltgerät enthalten. Die Vorschaltgeräte - ob integriert oder separat in einer Leuchte oder einem Adapter - setzen den Gasentladungsprozeß konventionell oder elektronisch in Gang. Die elektronische Zündung bietet folgende Verbesserungen:

- Die Lampen zünden unmittelbar, ohne lästiges Flackern.
- Sie sind leichter, was besonders für Steh- und Hängeleuchten wichtig ist.
- Die Lichtausbeute ist nochmals um 10 % erhöht.

Diese Geräte bieten den Vorteil, daß man die Energiesparlampen in bereits vorhandenen Leuchten ersetzen kann, beim Einsatz einer Leuchtstofflampe aber nur die Röhre und nicht auch das integrierte Vorschaltgerät ausgewechselt werden muß. Das spart zusätzliche Kosten.

Die Stiftung Warentest hat in der Zwischenzeit sowohl Energiesparlampen als auch Adapter getestet (test 10/85 und test 4/87). Dabei stellten die Tester bei der Prüfung von 13 Sparlampen fest, daß nur wenige Lampen die zugesicherten Eigenschaften aufwiesen. Bei sechs von neun Lampen mit Schraubsockel E 27 ließ nach der Hälfte der erwarteten Lebensdauer von 5000 Stunden die Lichtleistung erheblich nach. Bei den Leuchtstofflampen mit Stecksockel konnte diese Alterungserscheinung nicht so festgestellt werden.

Die Lichtausbeute, ausgedrückt in Lumen pro W (lm/W), beträgt bei der Glühlampe 10 - 15 lm/W, bei der Energiesparlampe mit Schraubsockel 45 lm/W und bei einer Kompakt-Fluoreszenzlampe (besonders leistungsfähige Leuchtstofflampe mit kleinen Abmessungen) mit elektronischem Vorschaltgerät min. 60 lm/W; Neuentwicklungen (3-Banden Leuchtstofflampe) versprechen 110 - 120 lm/W Lichtausbeute.

Energiesparlampen mit Stecksockel kosten ca. DM 25,00, mit Schraubsockel ca. DM 35,00. Der Preis für die Adapter liegt zwischen DM 20,00 (konventionell) und DM 40,00 (elektronisch), sie sind kein Verschleißteil und halten praktisch ewig.

Beim Test der Energiesparlampen wurde (unter den Annahmen: Strompreis 0,25 DM/kWh, Lebensdauer Glühlampe 1000 h sowie Energie-



**"Wir
sparen
Strom"**

sparlampe 5000 h, Preis 100 W Glühlampe Dm 2.50) eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt. Diese führte zu einer Amortisation der höheren Anschaffungskosten nach 1500 - 2700 Betriebsstunden.

Nun stellt die Beleuchtung im Privathaushalt mit 200 bis 400 kWh pro Jahr keinen so großen Posten beim Stromverbrauch dar. Andererseits ist sie aber ein Bereich, bei dem mit wenig Aufwand prozentual am meisten Energie eingespart werden kann.

Für den energiebewußten Verbraucher ist wichtig zu wissen: Durch energiebewußte Planung (z.B. mit Hilfe punktueller Beleuchtung), der Änderung des Verbraucherverhaltens (z. B. Ausschalten der Beleuchtung, wenn der Raum verlassen wird, und durch den Einsatz moderner Leuchtstofflampen kann eine Energieeinsparung bei der Beleuchtung bis zu 70 % erzielt werden. Dazu muß man wissen, daß die Beleuchtung ca. % des gesamten Energiebedarfs eines Haushalts ausmacht.

TIPS:

Energiesparlampen sind nur dort sinnvoll, wo sie in der Regel länger als 15 Minuten eingeschaltet bleiben.

Kaufen Sie neue Lampen gleich mit Steckfassung für Energiesparlampen. Energiesparlampen sind schwerer als Glühlampen. Gibt es damit ein Problem z.B. bei Stehleuchten mit schwenkbarem Arm, so empfehlen sich elektronische Vorschaltgeräte, die etwas leichter sind.

Energiesparleuchten lassen sich nicht mit Dimmer betreiben.

Die neuen Energiesparlampen

Diese Beleuchtungstechniken stammen aus der Arbeitswelt, wo Licht lange brennen muß und der Einsatz teurer Energiesparlampen sich schnell amortisiert.

Für unsere häuslichen Verhältnisse jedoch sind diese Lichtquellen nur differenziert und mit Überlegung zu verwenden. Für die Arbeitsplatzbeleuchtung am Schreibtisch im gewerblichen Bereich gibt es z. B. gute Halogen- und Leuchtstofflampen fertig zu kaufen. Im Wohnbereich dagegen reicht es nicht aus, die Glühlampe durch ein Leuchtstoffstäbchen zu ersetzen. Nur wenn die Lampenform geeignet ist (z. B. ein Japanballon), kann ein elektron. Startgerät, Drossel, in die bisherige Fassung eingeschraubt werden, um beliebige Leuchtstofflampen zu betreiben. Kombinierte Leuchtstofflampen mit eingebauter Drossel sind abzulehnen, da beim Auswechseln der Birne auch jeweils zwangsläufig die Drossel mitfortgeworfen wird.

Empfehlenswert sind nach unserer Erfahrung - bei geeignetem Lampendesign:

- * Vorschaltgerät für normale Lampenfassungen (E 27) "Arco-tronic",
- * Kugelbirne "Ecoglobe", Firma Lindner,
- * Leuchtstoffstäbchen von Philips "PL" und Osram "Dulux", jeweils 5, 7, 9, und 11 Watt.
- * Ferner eignen sich komplett gekaufte Halogenstrahler mit 25 - 50 Watt zum Ersatz der bisherigen 100 - 300 Wattstrahler für spotlights im Wohnbereich.

IHR GUTES RECHT

Ungentügende Wärmedämmung

Vermieter müssen bei ungentügender Isolierung und Wärmedämmung des Hauses einen Teil der für die Wohnung anfallenden Heizkosten selbst tragen, entschied das Landgericht Frankfurt in einem Fall, in dem der Mieter für eine 47 qm Mansarde 2.895,- DM Heizkosten/Jahr zahlen sollte. Der Mieter muß bereits die erste überhöhte Abrechnung rügen, sonst kann er die Heizkosten nur begrenzt kürzen.

Fälligkeit der Nebenkosten

Der Anspruch des Vermieters auf Zahlung von Nebenkosten wird erst mit Zugang einer ordnungsgemäßen Nebenkostenabrechnung fällig. Dies setzt z. B. voraus, daß der Brennstoffverbrauch für den abgerechneten Zeitraum genau angegeben wird, d.h. Anfang- und Endbestand sowie genaue Liefermengen (Amtsgericht Mannheim, Landgericht Aachen).

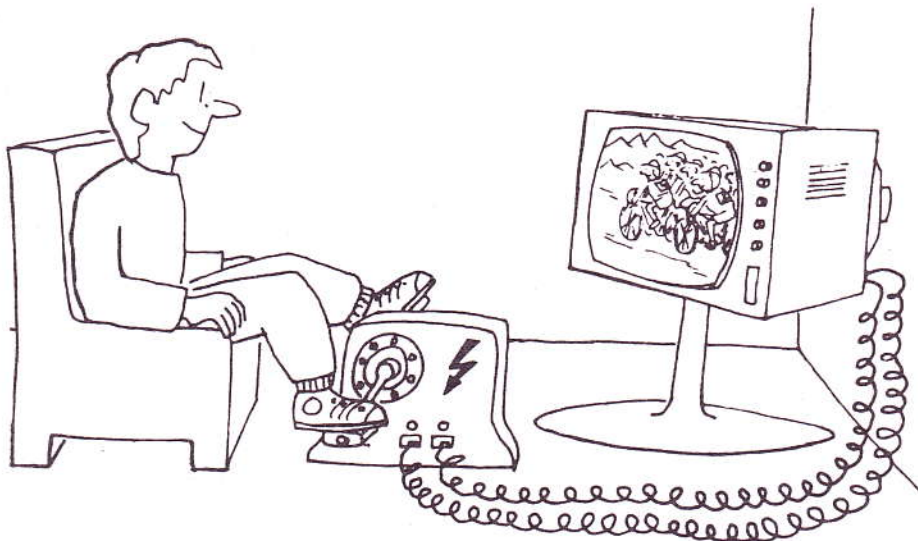
Nebenkostenanspruch verwirkt

Ist nach dem Mietvertrag bis zu einem Stichtag eine Heizkostenabrechnung vorgesehen, erfolgt die Abrechnung aber längere Zeit als 1 Jahr nach Ablauf dieser Frist, ist der entsprechende Anspruch verwirkt. Im Klartext: Der Mieter muß die Nebenkosten nicht mehr zahlen (Amtsgericht Köln).

Mindesttemperatur: 20 bzw. 17 C

Nach gefestigter Rechtsprechung ist eine Wohnung in der Zeit von 7.00 Uhr bis 23.00 Uhr mit einer Mindesttemperatur von 20 Grad und von 23.00 Uhr bis 7.00 Uhr von 17 Grad zu beheizen.

TIP: Bei streitigen Mängeln an der Heizung kann ein sogenanntes Beweissicherungsverfahren beantragt werden. In diesem Schnellverfahren wird ein zu benennender Sachverständiger mit der Untersuchung der Heizungsanlage beauftragt. Die Kosten des Verfahrens und des Gutachtens muß (zunächst) der Antragsteller tragen. Vorteil dieses Verfahrens ist, daß die Kosten von der Rechtsschutzversicherung übernommen werden, während dies für ein privat in Auftrag gegebenes Gutachten nicht der Fall ist. Im übrigen kann der Ersatz der Kosten in einem späteren Zivilverfahren je nach Ausgang des Gutachtens von der Gegenseite verlangt werden.



Kommunale Energiepolitik: Vorsicht beim Konzessionsvertrag

Kann ein Verbraucher als Bürger oder Politiker seiner Kommune auf die Unternehmens-, Energie- und Preispolitik seines Energieversorgungsunternehmens Einfluß nehmen? Im Prinzip ja! Die Energieversorgung gehört zu den unmittelbaren Aufgaben der Gemeinden. Das Grundgesetz weist nämlich den Gemeinden die Daseinsvorsorge zu. Die Landesverfassungen (z.B. im Saarland und in Bayern) konkretisieren dies weiter.

Viele Gemeinden haben die Energieversorgung durch sog. **Konzessionsverträge** auf ein Versorgungsunternehmen übertragen. Solange ein solcher Vertrag läuft, haben die Kommunen, also deren Bürger und Politiker, nur sehr beschränkte Einflußmöglichkeiten auf die Energiepolitik. Bis zur vierten Kartellrechtsnovelle im Jahre 1980 waren solche Konzessionsverträge in aller Regel sogenannte "Ewigkeitsverträge" ohne zeitliche Befristung.

Heute sind Konzessionsverträge auf einen Zeitraum von höchstens 20 Jahren befristet, die alten Konzessionsverträge laufen im Jahre 1995 aus. Damit wollte der Gesetzgeber den Gemeinden die Möglichkeit einer wiederkehrenden Prüfung geben, ob und wie sie die Zukunft ihrer Energieversorgung gestalten wollen. Auch wird ein Wettbewerb zwischen den Versorgungsunternehmen um den Abschluß eines neuen Konzessionsvertrages ermöglicht. Während der Laufzeit des Vertrages ist dann wieder jeder Wettbewerb ausgeschlossen.

Die Gemeinde hat damit die Wahl,

- die Energieversorgung mit Gas, Strom oder Fernwärme selbst zu übernehmen und sie in die gemeindliche Gesamtplanung einzupassen
- neue Konzessionsverträge mit demselben oder einem anderen Vertragspartner zu demselben Zweck mit anderer inhaltlicher Ausgestaltung zu schließen,
- von dem bisher beauftragten Unternehmen ggf. die Übergabe der Versorgungsinfrastruktur an sich oder an ein drittes Unternehmen

zu verlangen.

Der Konzessionsvertrag ist auch die vertragliche Grundlage für die Zahlung einer **Konzessionsabgabe**: Etwa 10-11% des Strompreises von Tarifkunden (bei Sonderverträgen 1,5%) wird vom Versorgungsunternehmen als "Provision" an die Gemeinde gezahlt, das macht in der gesamten Bundesrepublik im Jahr ca. 3 Milliarden DM. Der Satz schwankt zwischen den Bundesländern ganz erheblich: Von 22,87DM pro Einwohner im Saarland bis 41,11 DM in Nordrhein-Westfalen.

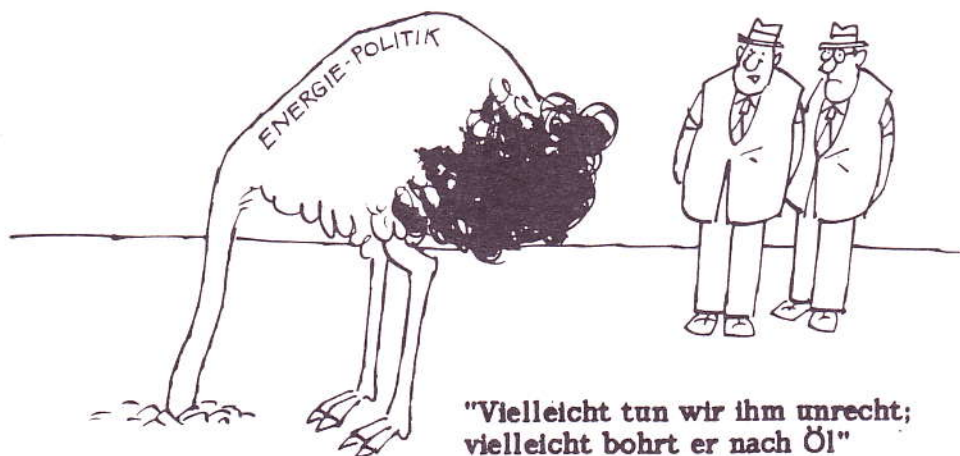
Die jahrzehntelange energiepolitische Abstinenz vieler Kommunen hat zu einem Mangel an energiepolitischem Problembewußtsein und fachlicher Kompetenz geführt, so daß die Gefahr einer simplen Verlängerung laufender Konzessionsverträge über das Jahr 1995 hinaus besteht. Die Energieverbraucher, d.h. die Bürger und Politiker der betroffenen Gemeinden würden damit auf ein Gestaltungsrecht verzichten, das heute auch unter umweltpolitischen, städtebaulichen, beschäftigungspolitischen und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einen eminenten Stellenwert in der Kommunalpolitik haben sollte.

Der Abschluß eines neuen Konzessionsvertrages entscheidet darüber, ob die Energiebedarfsdeckung in einer Gemeinde und die Energiepolitik der Gemeinde auf Jahre hinweg nachteilig festgelegt wird oder für vorteilhafte Entwicklungen offen bleibt. Die Gemeinde gibt durch einen vorschnellen Abschluß im wahrsten Sinne des Wortes kostbaren Verhandlungsspielraum preis. Deshalb empfiehlt auch der Bayrische Gemeindetag seinen Mitgliedern, noch keine neuen Konzessionsverträge abzuschließen.

Das Verlängern eines Konzessionsvertrags ist kein Geschäft der laufenden Verwaltung, sondern eine politische Entscheidung von weitreichender Bedeutung. Nach Auffassung der nordrhein-westfälischen Kartellbehörde müssen die zuständigen politischen Gremien (z.B. Gemeinderat) solche Entscheidungen treffen. Klauseln, die Vorbereitungsverhandlungen zwecks Wechsel des Energieversorgers verhindern oder erschweren, sind nach Auffassung der hessischen Kartellbehörde unwirksam.

Die hessische Kartellbehörde hat 1985 ein Merkblatt erarbeitet, in dem sehr genau über die Rechte der Kommunen und über unzulässige Bestimmungen zur Unterlaufung der Laufzeitbeschränkung auf 20 Jahre in Konzessionsverträgen informiert wird. Ein Kopie dieses 22 Seiten lange Sündenkatalogs kann gegen Übersendung von 5 DM bei der Redaktion angefordert werden. Übrigens stimmen auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Städte- und der Verband kommunaler Unternehmen mit dem Papier der hessischen Kartellbehörde überein.

Alle Bestimmungen in Konzessionsverträgen, die die Übernahme der Energieversorgung durch ein anderes Unternehmen oder die Gemeinde faktisch erschweren oder behindern, bedeuten eine Umgehung der auf 20 Jahre begrenzten Vertragslaufzeit und sind deshalb unzulässig oder ungültig. Das gilt auch, wenn das bisher beauftragte Versorgungsunternehmen eine Übernahme behindert. Die zuständigen Landeskartellbehörde oder ein fachkundiger Rechtsberater können beurteilen, ob ein Mißbrauch vorliegt. Zum Teil verzichten Verträge, die einen mehr als 20-jährigen Auftrag zur flächendeck-



kenden Versorgung erteilen, auf eine ausdrückliche Ausschließlichkeit (man spricht dann von einem "gespaltenen Wegerecht"). Auch das ist nach neuester Rechtsprechung unzulässig.

Folgendes sollte vor Neuabschluß eines Konzessionsvertrages geprüft werden:

- Ist eine neue Regelung derzeit überhaupt erforderlich?
- Lassen sich die gemeindlichen Ziele hinsichtlich der Energieversorgung genügend absehen, um eine neue langfristige Regelung zu treffen?
- Ist die Möglichkeit der Eigenversorgung geprüft worden? Eine Kommune kann auch das Stromnetz selbst übernehmen und die Versorgung einem neugegründeten Stadtwerk übertragen. Das ist oft auch schon für kleinere Kommunen interessant.

Folgende Gesichtspunkte sollten bei der konkreten Vertragsgestaltung unbedingt berücksichtigt werden:

LAUFZEIT: Die Laufzeit des Vertrages sollte auf maximal 10 Jahre begrenzt werden. Das Wegerecht begründet die Verhandlungsstärke der Kommune. Es sollte nicht durch lange Vertragsdauer abgegeben werden.

EIGENSTROMERZEUGUNG: Die Kommune sollte sich das Recht auf Eigenstromerzeugung einräumen lassen. Es sollten dann auch Einspeisevergütungen für Überschußstrom vereinbart werden, die sich an den langfristig vermiedenen Grenzkosten orientieren. Entsprechendes sollte für die Einspeisung industrieller Eigenerzeuger vereinbart werden.

HÖHE DER KONZESSIONSABGABE: Ein Wechsel des Versorgungsunternehmens begründet keine Erhöhung der bisherigen Konzessionsabgabe. Bei einer vom Wirtschaftsministerium genehmigten Ausnahme nach § 11 KAE hat das ggf. übernehmende Versorgungsunternehmen einen Anspruch auf gleichwertige Ausnahme.

NETZBEWERTUNG: Es sollten klare Regelungen über die Netzbewertung (Preis/Umfang) für den Fall einer späteren Übernahme des Netzes durch die Kommune getroffen werden.

KOOPERATIONSVERPFLICHTUNG: Das Energieversorgungsunternehmen ist zur Kooperation bei der Erstellung und Verwirklichung eines

Energiekonzepts zu verpflichten, z.B.: Verpflichtung zur Kraft-Wärme-gekoppelten Stromerzeugung, Respektierung von Vorranggebieten für bestimmte leitungsgebundene Energieträger, Kredite für den Kauf stromsparender Geräte oder den Ersatz von Nachtstromspeicherheizungen durch das Versorgungsunternehmen, Vorbehalt der späteren Übernahme der Versorgung einzelner Kunden (Industriebetriebe) durch die Gemeinde und Übernahme der dazu erforderlichen Leitungen vom Versorgungsunternehmen.

NETZAUSBAUPLANUNG: Der Kommune ist ein Mitspracherecht bei Netzplanungen einzuräumen, so daß eine spätere Abkopplung des kommunalen Netzes durch Netzerweiterungen nicht erschwert wird.

DATENWEITERGABE: Technische Daten über die Versorgung (Netzauslastung, Stromabsatz usw.) sind der Kommune frühzeitig (5 Jahre vor Ablauf des Konzessionsvertrages) zur Verfügung zu stellen.

- Konzessionsverträge verstossen zwar gegen § 1, § 15 und § 18 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Sie sind nach § 103 und § 103a des gleichen Gesetzes dennoch zulässig, soweit nicht
- eine erlangte Marktstellung mißbraucht wird,
 - die Eigenerzeugung von Energie unbillig behindert wird,
 - Einspeisung und Durchleitung unbillig behindert werden.

Konzessionsverträge müssen bei der Kartellbehörde des Landeswirtschaftsministerium angemeldet werden und daraufhin überprüft werden, ob ein Verstoß gegen § 103 und § 103a vorliegt.

Da liegt in der Praxis auch der Hase im Pfeffer: Die Kartellbehörden in den Länderwirtschaftsministerien sind in Personalunion die Energieaufsichtsbehörden der Länderwirtschaftsminister. Diese Stellen sind personell sehr schwach besetzt: Mit einem Referenten, der gleichzeitig alle Stromtarife und alle Konzessionsverträge in seinem Bundesland kontrolliert. Man kann sich aber in Zweifels- oder Streitfällen auch an die Kartellgerichte der Länder wen-

TIP: Fragen Sie als Bürger Ihre Kommunalpolitiker! Fragen Sie als Kommunalpolitiker Ihre Verwaltung: Wann endet der Konzessionsvertrag Ihrer Gemeinde für Strom und ggf. für Gas? Gibt es Verhandlungen über einen neuen Vertrag? Was soll genau in diesem neuen Vertrag stehen?

Bildung von Arbeitskreisen

Viele Neumitglieder haben von sich aus ihre Mithilfe in fachlichen Einzelfragen angeboten. Das bestätigt das Konzept des Vereins: Es gibt viele Verbraucher, die durch eigene Erfahrung oder Studium enorme energietechnische Kenntnisse haben. Dieses Wissen wird aber allzuoft nicht weitervermittelt, obwohl die Bereitschaft dazu besteht. Der BDE will diesen Wissensfundus für die gegenseitige Hilfe von Verbrauchern nutzen und den Wissensaustausch organisatorisch unterstützen. Dazu gibt es die Arbeitskreise des Vereins.

Die Arbeitskreise haben mehrere Funktionen.

- Sie dienen dem fachlichen Austausch der Mitglieder untereinander.
- Sie sind ein Ansprechpartner für Anfragen von Mitgliedern.
- Sie repräsentieren einen wichtigen Teil des Fachwissens des Vereins: Wichtig für die Öffentlichkeitsarbeit und Vereinspublikationen (Mitgliederzeitschrift u.ä.).

Der Zuschnitt der Arbeitskreise kann nach Regionen oder nach Fachthemen geschehen. Da weder auf eine regionale, noch auf eine fachliche Spezialisierung verzichtet werden kann, muß es regionale Arbeitsgruppen mit breiteren Themen und Bundesarbeitsgruppen mit engerer fachlicher Spezialisierung geben.

Die erste funktionierende Arbeitsgruppe ist die Redaktion der Mitgliederzeitschrift.

Folgende Arbeitsgruppen sind im Entstehen begriffen:

- Regionale Arbeitsgruppen zur Verbraucherberatung
- Arbeitsgruppe Photovoltaik
- Arbeitsgruppe regenerative Energien
- Arbeitsgruppe Schornstein und Emissionen
- Arbeitsgruppe Heizungstechnik
- Arbeitsgruppe Architektur und Wärmedämmung
- Arbeitsgruppe Tarifgerechtigkeit
- Arbeitsgruppe EDV
- Arbeitsgruppe Recht des Energieverbrauchers
- Arbeitsgruppe Energiepreisvergleich
- Arbeitsgruppe Hausgeräte
- Arbeitsgruppe kommunale Energiepolitik
- Arbeitsgruppe Hochspannungsleitungen.

Für jede Arbeitsgruppe gibt es einen Leiter, den Arbeitsgruppenkoordinator. Er organisiert mit Hilfe der Bundesgeschäftsstelle den Austausch zwischen den Arbeitsgruppenmitgliedern. Erste Aufgabe jeder Arbeitsgruppe ist das Sichten und Aufbereiten der zum Fachthema vorhandenen Informationen.

BUNDESDEPESCHE

NEUES VOM BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER

Erste Schritte des jungen Bundes

"Frohes Gedeihen und exponentielles Wachstum wünsche ich dem Bund der Energieverbraucher für die Zukunft. Anbei mein Beitrag zum Startkapital. Aus meinem Freundeskreis schlage ich vor anzuschreiben:..." oder "Kompliment für Engagement und Zähigkeit. Ich werde -realistisch gesehen- in naher Zukunft keine aktiven Beiträge leisten können. Da ich die Idee gut finde und Eure Anfangsprobleme sicher nicht unterschätze, möchte ich meinen Beitrag in Form einer kleinen Spende leisten; ein Verrechnungsscheck liegt bei" "Wenn es den Bund der Energieverbraucher nicht schon gäbe, müßte man ihn gründen". Solche Schreiben nebst Anlagen gingen in der letzten Zeit bei uns ein und haben uns sehr geholfen. Für diese Spenden und Hilfestellungen bedanken wir uns an dieser Stelle nochmals. Bei der grafischen Gestaltung haben uns besonders Klaus Fehsenfeld und Norbert Ziegert unterstützt. Deren großes und uneigennütziges Engagement haben dem Verein zu einem gut durchdachten, ansprechenden und praktischen Logo verholfen.

Folgende Arbeitsschwerpunkte gibt es für die nächsten Monate:

- * Fortführung und Ausbau der Mitgliederzeitschrift
- * Energiepolitische Öffentlichkeitsarbeit
- * Verdichtung des Netzes von Kontakten mit Verbänden, Instituten, Initiativen usw.
- * Erarbeitung eines regionalen Energiepreisvergleichs
- * Aktion "Verständliche Jahresverbrauchsabrechnung"
- * Verstärkung des Kontakts zwischen den regionalen Mitgliedern

Einsichtig, daß ein solches Programm nur zu bewältigen ist, wenn die Finanzierung gesichert ist. Die Spendeneingänge der letzten Wochen haben uns ermutigt. Eine solide Basis könnten wir durch die ersten 100 Fördermitglieder gewinnen. Das könnte uns gelingen, wenn alle unsere Freunde und Förderer bei der Gewinnung neuer Fördermitglieder mithelfen.

"Verständliche Jahresverbrauchsabrechnung"

Die meisten Verbrauchsabrechnungen für Strom, Gas und Fernwärme sind vollkommen unverständlich. In Zusammenarbeit mit Stadtwerken z.B. in Saarbrücken arbeitet der BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER an einer verständlicheren Gestaltung der Abrechnung.

Der BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER will darüber hinaus in einer Broschüre Hinweise zur Entzifferung der Abrechnung, zur Bewertung des Verbrauchs und zu Einsparmöglichkeiten geben. Eine Übersetzung individueller Abrechnungen in eine verständliche Form ist vom Bund der Energieverbraucher im Augenblick nicht zu leisten, weil zu teuer und organisatorisch zu aufwendig.

Verbrauchsbewertung per Computer

Der erste Mitgliederservice steht: Eine überschlägige Bewertung des Heizenergieverbrauchs eines Wohnhauses. Man erfährt den Verbrauch eines Standardhauses gleicher Größe und Ausstattung und bekommt Einsparvorschläge. Der dazugehörige Fragebogen muß noch graphisch gestaltet werden. In der nächsten Nummer der Energiedepesche finden Sie den Fragebogen abgedruckt und können ihn an den BDE einsenden.

Vorschau auf die nächsten Hefte:

- * Energiesparende Hausgeräte
- * Computerservice: Heizenergieverbrauch
- * Gastarife für Gewerbebetriebe
- * Ihr Recht als Mieter
- * Haushaltsstromverbrauch im Vergleich

Spenden und Beiträge steuerlich absetzbar

Der BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER ist bekanntlich ein gemeinnütziger Verein. Damit aber nicht genug: Er dient auch als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecken, nämlich der Förderung der Verbraucherberatung. Das bringt für Mitglieder und Förderer folgende Vorteile:

Spenden und Beiträge können direkt auf die Konten des Vereins eingezahlt werden. Geldspenden, Mitgliedsbeiträge und auch Sachspenden können steuerlich geltend gemacht werden. Jeder Steuerpflichtige kann nach §10b, Abs.1 EStG mildtätige, religiöse, wissenschaftliche und staatspolitische sowie als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke mit bis zu 5% seiner Gesamteinkünfte (als Firma bis 2 Promille der Umsätze und Löhne und Gehälter) fördern und dies als Sonderausgabe geltend machen.

Bei Spenden und Beiträgen bis 100 DM reicht dem Finanzamt als Beleg das Überweisungsformular. Zur Sicherheit sollte auf der Überweisung vermerkt werden: "Gemeinnützig laut Bescheid 2034 vom 20.02.1987 Finanzamt Bonn-Innenstadt wegen Förderung der Verbraucherberatung". Bei Zuwendungen über 100 DM übersendet die Bundesgeschäftsstelle unaufgefordert eine Spendenbescheinigung.

Werbematerialien

Folgende Schriften können bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden:

- * Faltblatt mit Beitrittserklärung
- * Satzung
- * Presserklärung zur Gründung
- * Presseerklärung zur Kleinfeuerungsanlagenverordnung.
- * Grundsatzpositionen (demnächst)
- * Erste Stimmen zur Gründung

Wir würden uns freuen, wenn bei Bestellungen ein Beitrag zur Finanzierung in der Größenordnung von -10DM/Blatt geleistet würde.

Unterzeichner der Gründungssatzung des Bundes der Energieverbraucher

Peter Menke-Glückert

Peter Menke-Glückert

Richard Störmer

Clara Enns

Hans-Ulrich Klose MdB

Hans-Ulrich Klose MdB
Bundesthaus, 5300 Bonn 1

Wolfgang Jochum

Berthold Jochum

Willy Leonhardt

Dr. Peter Paul Popp

Willy Leonhardt

Willy Leonhardt

Leiter AK Energie BUND

Gerhard Jochum

Gerhard Jochum

Gerhard Jochum

Wolfgang Jochum

Video-Verleih

Eine Gruppe "Energiewende in Ostwender Straße" hat ein Blockheizkraftwerk im Keller eines Wohnhauses installiert, um damit Strom und Wärme für den Eigenbedarf zu produzieren. Heiner Menzel, Mitglied dieser Gruppe und des BDE, hat uns ein Video geschenkt, auf dem dieses Projekt dargestellt wird. Auf dem Video ist auch ein Film von Susanne Alck über das Strommonopol. Das Video kann gegen Kautions beim BDE ausgeliehen werden.

Nähere Informationen bei:
Heiner Menzel, Limmerstr. 81,
3000 Hannover 91, Tel. 0511-2109123

Zusammenarbeit mit anderen Vereinen, Verbänden, usw.

Der BDE ist der einzige Zusammenschluß von Energieverbrauchern in der Bundesrepublik. Deshalb gibt es keine Konkurrenz zu anderen Zusammenschlüssen. Jedoch gibt es viele Vereine, die in Teilbereichen ähnliche Ziele wie der BDE verfolgen. Die Umweltorganisationen haben dabei ein viel breiteres Spektrum, die meisten anderen Energievereine ein engeres Feld wie z.B. Windenergie, Sonnenenergie usw. Aus der Zusammenarbeit aller dieser Vereine kann jeder Nutzen ziehen.

Eine sinnvolle Zusammenarbeit mit befreundeten Vereinen strebt der BDE auf der Basis folgenden Ehrencodex's an:

- Gegenseitige kostenfreie Übersendung eines Exemplars aller Veröffentlichungen, Schriften, Pressemitteilungen, Informationsmaterialien usw.
- Generelles Einverständnis mit der Vervielfältigung dieser Materialien für die Mitglieder der befreundeten Vereine unter Angabe der Quelle,
- Gegenseitige fachliche Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten,
- Hinweis auf den anderen Verein bei spezifischen Problemen, bei denen der andere Verein fachliche Kompetenz hat.

Eine solche Zusammenarbeit wurde bisher mit dem ALLGEMEINEN ENERGIE-VEREIN (AEV) und der INTERESSENGEMEINSCHAFT DER FERNWÄRMEABNEHMER (IdF) vereinbart. Weitere Freundschaftsabkommen werden folgen.

Kiel: Der Verdacht verdichtet sich (Seite 3)

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK · KULTUR · WIRTSCHAFT · SPORT

43. Jahrgang

München, Freitag, 9. Oktober 1987

Preis 30 Pf.

Nummer 232 / 41. W. / 1,30 DM

„Kohlepfennigungleich berechnet“

Energieverbraucher fordern mehr Gerechtigkeit

N. S. Bonn (Eigener Bericht) – Als ungerecht empfindet es der Bund der Energieverbraucher in Bonn, daß Tarifikunden, wie etwa Haushalte und kleine Betriebe, mit rund 1,7 Pfennig je Kilowattstunde einen höheren Kohlepfennig bezahlen müßten als industrielle Abnehmer, die nur 1,1 Pfennig abführten. Die großen Strompreisunterschiede zwischen Sondervertragskunden und Tarifabnehmern blieben beim Kohlepfennig unberücksichtigt. Dadurch zahlten Tarifikunden jedes Jahr etwa 800 Millionen DM zuviel. In den laufenden Kohle-Runden dürfe dieses Problem nicht unter den Tisch fallen, forderte der Verband in Bonn.

Sowas hält man nicht für möglich

Herr Weber hat seinem Stromversorgungsunternehmen (EVU) einen Abbuchungsauftrag erteilt. Wegen eines Auslandsaufenthaltes ist jedoch Ebbe auf seinem Konto.

Die Rechnung kann deshalb von Webers Konto nicht abgebucht werden. Weber wird vom EVU schriftlich zur Zahlung der Rechnung zuzüglich 5 DM Mahngebühr zuzüglich 4 DM Bankspesen für die vergebliche Abbuchung aufgefordert: "Bei Nichterfüllung zwingen Sie uns, die Stromversorgung unter Umständen einzustellen."

Weber bittet das EVU schriftlich um Erläuterung der Rechnung, weil er sich nicht verpflichtet habe, daß sein Konto stets die nötige Deckung aufweise, und somit das Einzugsrisiko zu Lasten des EVU gehe, das ja auch die Vorteile des Abbuchungsverfahrens für sich behält.

Zwei Wochen später "bittet" das EVU um Zahlung zuzüglich 10 DM-Mahngebühr, ohne auf den Brief von Weber einzugehen: "Sollten wir in 7 Tagen nicht über die Gesamtsumme verfügen, so sehen wir uns gezwungen, die Stromlieferung bis zur endgültigen Bezahlung einzustellen. Die bei einem Besuch entstehenden Kosten für Nachinkasso - sowie die Kosten für eine evtl. Abtrennung gehen zu Ihren Lasten". Die eingeräumte Frist von 7 Tagen enthält das Pfingstfest.

Das EVU ist formal im Recht: Nach §33 der Verordnung über All-

gemeine Bedingungen für die Versorgung von Tarikkunden (AVBEltV) kann das EVU bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einstellen. Das gilt allerdings nicht, wenn der Kunde darlegt, daß die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, daß der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt.

An unsere Leser: Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen mit Ihrem Versorgungsunternehmen: Positive und negative. Wir würden gern auch über Erfreuliches berichten.

Das Beispiel zeigt, wie unerbittlich das EVU seine Forderungen durchsetzen kann - und dies auch tut. In diesem Fall hat man es nicht einmal für nötig gehalten, die Forderung zu begründen und auf die Einwendungen des Kunden einzugehen. Das Beispiel zeigt, wie machtlos 20 Millionen Stromkunden ihrem Versorgungsunternehmen ausgeliefert sind. Dabei schreibt § 7 Abs.2 des Energiewirtschaftsgesetzes eine ausgewogene Gestaltung der Versorgungsbedingungen vor.

Energienachrichten aktuell

sahne für aktionäre

Ruhrgas serviert ihren Aktionären auch für das Geschäftsjahr 1986 wieder üppig Sahne: Der 24% - Ausschüttungsrekord vom Vorjahr konnte trotz gepurzelter Gaspreise wiederholt werden. Der Jahresüberschuß betrug 425 Mio DM.

kohlepfennig erhöht stromrechnung

Die Stromrechnung aller Verbraucher erhöht sich ab 1. Juni 1986 um 3%: Um diesen Prozentsatz steigt nach Bundesländern unterschiedlich - die Ausgleichsabgabe (von bisher 4,5% auf 7,5%). Sie wird auf die Rechnung jedes Endverbrauchers aufgeschlagen. Dieses Geld (1986: ca. 3 Mrd. DM) bekommen die Unternehmen, die Strom aus einheimischer Kohle herstellen. Ob die Unternehmen diese Mehrerträge wohl an die Verbraucher weitergeben?

tüv testet solarkollektoren

Der TÜV-Bayern hat 13 Solarkollektoren zur Brauchwassererwärmung getestet. Bis zu 67% des Warmwasserbedarfs eines Jahres kann die Sonne decken. Die Kollektorflächen waren 5 bis 9 Quadratmeter groß. Die Gesamtkosten lagen zwischen 7000 und 13000 DM.

risiken bleiben bestehen

"... In den 90er Jahren wächst das Risiko einer erneuten Anspannung des Weltölmärktes und eines erneuten Preisdrecks nach oben. ... Die Motivation der Verbraucher zu energiebewußtem Verhalten muß weiter erhalten bleiben. Weitere beachtliche Einsparmöglichkeiten sind vorhanden und können auch bei dem derzeitigen Energiepreisniveau zu wirtschaftlichen Bedingungen genutzt werden. Massive Staatshilfen zur Förderung weiterer Einsparaktivitäten erscheinen angesichts der gegenwärtigen Energiepreisentwicklung nicht erforderlich" - (Helga Steeg, Direktor der Internationalen Energie-Agentur, Paris)

stromverbrauch im vergleich

Die Lipper Stromsparinitiative hat ein Schema entwickelt, nach dem der Stromverbrauch eines Durchschnittshaushalts ermittelt werden kann. Damit kann jeder Verbraucher ausrechnen, ob er bezogen auf den Bundesdurchschnitt einen hohen oder einen geringen Stromverbrauch hat. Das hängt natürlich von der Personenzahl und der Geräteausstattung des Haushalts ab. In dem Schema ist dies berücksichtigt worden.

